



Durchwahl: 0511 3030-2152  
Mein Zeichen: II/71 - 0103 - 00/7  
(Kurzbericht-03-Wo-Ja-Mai)

25. Januar 2019

## KURZBERICHT

### über Ausschusssitzungen des Niedersächsischen Landtages in der Zeit vom 14. bis 18. Januar 2019

#### Montag, 14. Januar 2019

##### 1 Ausschuss für Wissenschaft und Kultur (14. Sitzung)

###### Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Neuer Staatsvertragsentwurf der Kultusministerkonferenz zur Zulassung zum Medizinstudium - Umsetzung der Vereinbarungen in Niedersachsen“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **[Spitzenforschung in Niedersachsen stärken - Universitäten bei der Exzellenzstrategie unterstützen!](#)**  
**[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1852](#)**

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag unverändert anzunehmen.

*Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD*

*Ablehnung: -*

*Enthaltung: -*

3. **[Lehramtsausbildung stärken](#)**  
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1777](#)

Der - federführende - Ausschuss setzte die Beratung fort.

4. **Besprechung von Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss setzte die Planungen zur Vorbereitung einer parlamentarischen Informationsreise fort.

## 2 Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (30. Sitzung)

### Beratungsthemen:

1. **[Der Diesel muss bleiben - Möglichkeiten für die Einführung von GTL schaffen](#)**  
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/2034](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung zu dem Antrag unterrichten und führte darüber eine Aussprache. Sodann nahm er die Beratung auf. In diesem Zuge kündigten die Koalitionsfraktionen an, zu diesem Thema ebenfalls eine parlamentarische Initiative zu ergreifen. Der Ausschuss äußerte seine Absicht, zu dem Antrag und dem angekündigten Dokument den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung um eine Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT zu den ihn betreffenden Aspekten zu bitten.

2. **[Sektorenkopplung fördern - marktwirtschaftliche Instrumente nutzen](#)**  
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2027](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung zu dem Antrag unterrichten und führte darüber eine Aussprache. In diesem Zuge kündigten die Koalitionsfraktionen die Vorlage eines Änderungsvorschlags an.

3. **[Arbeitsplätze in der Windenergiebranche sichern - gesetzliche Rahmenbedingungen verbessern](#)**  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1849](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung ergänzend über den Fortgang der Beratung des Entwurfs des Energiesammelgesetzes im Deutschen Bundestag und im Bundesrat unterrichten und führte darüber eine Aussprache. Sodann schloss er die Beratung des Antrags ab und empfahl dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

*Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP*

*Ablehnung: AfD*

*Enthaltung: -*

4. **[Dicke Luft in Städten und Gemeinden: Landesregierung muss den Weg für wirksame Maßnahmen freimachen](#)**  
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/76](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort. In diesem Zuge kündigten die Koalitionsfraktionen die Vorlage eines Änderungsvorschlags an.

5. **Nachrüstung von Diesel-Autos auf Kosten der Hersteller zügig voranbringen und endlich umsetzen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1632

Der Ausschuss nahm die Mitberatung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT auf. Er bat den - federführenden - Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, ihm auch den dort angekündigten Änderungsvorschlag zuzuleiten. Auf dieser Grundlage wird der Umweltausschuss die Mitberatung abschließen. Der federführende Ausschuss soll auf der Grundlage eines Protokollauszugs über den Zwischenstand informiert werden.

6. **Fahrverbote für Diesel-Pkw in Zeiten deutlich sinkender Stickoxidemissionen sind unverhältnismäßig und müssen verhindert werden!**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1843

Der Ausschuss nahm die Mitberatung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT auf. Er bat den - federführenden - Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, ihm auch den dort angekündigten Änderungsvorschlag zuzuleiten. Auf dieser Grundlage wird der Umweltausschuss die Mitberatung abschließen. Der federführende Ausschuss soll auf der Grundlage eines Protokollauszugs über den Zwischenstand informiert werden.

7. **Vogeljagd im Nationalpark Wattenmeer stoppen - Landwirtinnen und Landwirte bei Gänseschäden besser entschädigen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1530

Der Ausschuss führte die Mitberatung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT durch und kam überein, den - federführenden - Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz einen Protokollauszug zu übermitteln.

8. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den Stand der Planungen zum Rückbau der Niedersächsischen Atomkraftwerke und des AKW Krümmel**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

**Außerhalb der Tagesordnung** bat der Umweltausschuss den Unterausschuss „Häfen und Schifffahrt“, ihn bei der Planung der Unterrichtung zur Havarie der MSC Zoe zu berücksichtigen. Ferner stellte es der Umweltausschuss den Mitgliedern jenes Unterausschusses anheim, an der für den 18. Februar 2018 vorgesehenen Unterrichtung über die Havarie teilzunehmen. Ferner kündigte der Vorsitzende an, dass die für den 28. Januar 2018 vorgesehene Sitzung um 13 Uhr beginnen wird und länger als bis 16 Uhr dauern kann.

**Mittwoch, 16. Januar 2019**

**3 Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen**  
(23. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die „Stiftung Zukunft der Altenpflegeausbildung“](#)  
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1993](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 4) anzunehmen.

*Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP*

*Ablehnung: -*

*Enthaltung: -*

*Abwesend: AfD*

2. **Unterrichtung der Landesregierung über einen Waffenfund in einer Außenstelle des Justizministeriums**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er kam überein, die Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen fortzusetzen.

3. **Verfassungsgerichtliches Verfahren:  
Organstreitverfahren der AfD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag sowie der Abgeordneten Dana Guth gegen die Niedersächsische Landesregierung wegen Verletzung der Auskunftspflicht nach Artikel 24 Nr. 1 NV (Kleine Anfrage zu „Ausnahmegenehmigungen zum betäubungslosen Schlachten“) - StGH 2/18**

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, von einer Äußerung gegenüber dem Staatsgerichtshof abzusehen.

*Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP*

*Ablehnung: -*

*Enthaltung: -*

*Abwesend: AfD*

4. **Verschiedenes**

Der Ausschuss zog als mögliche Ziele für eine Informationsreise einerseits Irland und Nordirland, andererseits die Republik Südafrika in Betracht. Er bat die Landtagsverwaltung, Näheres zu den beiden möglichen Reisezielen zu eruieren, und nahm in Aussicht, anschließend eines der beiden Ziele auszuwählen.

Der Ausschuss bat die Landesregierung, ihn in einer der nächsten Sitzungen über eine an das Landgericht Hannover gerichtete Bombendrohung zu unterrichten.

**4 Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“**  
(13. - teilweise nicht öffentliche und teilweise vertrauliche Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. [Arbeit der Anlaufstellen für Straffälligenhilfe angemessen unterstützen!](#)  
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1846](#)

Der Ausschuss führte **in öffentlicher Sitzung** die Mitberatung durch und schloss sie ohne Votum ab.

2. **Unterrichtung über besondere Vorkommnisse im niedersächsischen Justizvollzug**

Der Ausschuss ließ sich teils **in nicht öffentlicher Sitzung**, teils **in vertraulicher Sitzung** über besondere Vorkommnisse unterrichten.

**5 Unterausschuss „Medien“**  
(15. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. **Gespräch mit der Konföderation der Evangelischen Kirchen in Niedersachsen über medienpolitische Entwicklungen sowie über die kirchliche Medienarbeit, insbesondere des Evangelischen Pressedienstes sowie des Evangelischen Kirchenfunks**

Der Unterausschuss führte das Gespräch mit Oberlandeskirchenrätin Andrea Radtke, Tobias Glawion und Renate Baumgart vom Evangelischen Kirchenfunk Niedersachsen sowie Ulrike Millhahn und Charlotte Morgenthal vom Evangelischen Pressedienst.

2. [Für mehr Aufklärung im Umgang mit sozialen Medien](#)  
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1391](#)

Der Unterausschuss setzte die Beratung fort. Er nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung und den Stellvertreter der Landesdatenschutzbeauftragten Dr. Lahmann entgegen und führte darüber eine Aussprache. Anschließend beschloss er, eine mündliche Anhörung zu dem Antrag durchzuführen. Die Fraktionen wollen sich am Rande des Januar-Plenums auf einen Termin und den Kreis der Anzuhörenden einigen und die Landtagsverwaltung bis zum 25. Januar 2019 darüber in Kenntnis setzen.

**Außerhalb der Tagesordnung**

**Terminangelegenheiten**

Der Unterausschuss befasste sich mit der Terminplanung für das Jahr 2019. Er nahm in Aussicht, das ZDF-Sendezentrum in Mainz, die Gamescom in Köln sowie die Medientage München zu besuchen. Zudem sah er vor, Ende des Jahres eine parlamentarische Informationsreise nach Brüssel zu unternehmen.

**6 Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs**  
(3. - vertrauliche - Sitzung)

**Beratungsthemen:**

**1. Vorbereitung der Wahl**

- a) **eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs (mit einer am 23. Februar 2019 beginnenden Amtszeit)**
- b) **eines stellvertretenden Mitglieds des Staatsgerichtshofs (mit einer am 23. Februar 2019 beginnenden Amtszeit)**
- c) **der Präsidentin/des Präsidenten des Staatsgerichtshofs (mit einer am 23. Februar 2019 beginnenden Amtszeit)**

Der Ausschuss bereitete die o. g. Wahlen vor.

**2. Hinweise zu künftigen Wahlentscheidungen**

Der Ausschuss nahm die o. g. Hinweise entgegen.

**Donnerstag, 17. Januar 2019 bis**  
**Freitag, 18. Januar 2019 (Reise)**

**7 Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
(23. und 24. Sitzung)  
**Unterausschuss „Verbraucherschutz“**  
(8. und 9. Sitzung)

**Beratungsthema:**

**Besuch der „Internationalen Grünen Woche Berlin 2019“ und der Vertretung der Europäischen Kommission In Deutschland**

Am 17. Januar kamen der Ausschuss und der Unterausschuss im Europäischen Haus am Pariser Platz zu einem Gespräch mit dem Stellvertretenden Generaldirektor der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (DG AGRI) - zuständig für die Direktionen G (Märkte und Beobachtungsstellen), H (Zuverlässigkeit und Audit) und I (Rechtliche, institutionelle und Verfahrensangelegenheiten) -, Herr Rudolf Mögele, zu einem Gespräch über aktuelle Fragen der europäischen Landwirtschaftspolitik sowie die Eckdaten des künftigen Mehrjährigen Finanzrahmens der Europäischen Union zusammen.

Am Abend des 17. Januar nahmen der Ausschuss und der Unterausschuss an der Eröffnungsveranstaltung der Grünen Woche sowie an einem Empfang der Waldbesitzer teil.

Am 18. Januar ließen sich die Ausschüsse im Rahmen eines Messerundganges am Beispiel verschiedener Stände über den niedersächsischen Auftritt auf der Internationalen Grünen Woche informieren. Außerdem nahmen sie beim Forum Moderne Landwirtschaft die Präsentation „Erlebnisbauernhof“ in Augenschein.

**Donnerstag, 17. Januar 2019**

**8 Ausschuss für Inneres und Sport**  
(41. - teilweise vertrauliche - Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. *(zusätzlicher Tagesordnungspunkt)*

**Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung über Hausdurchsuchungen in Niedersachsen im Zusammenhang mit einer deutschlandweit durchgeführten Razzia gegen mutmaßliche Mitglieder der kriminellen Vereinigung „National Socialist Knights of the Ku Klux Klan Deutschland“**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen zu bitten.

2. **Beschlussfassung über einen Antrag auf Fortsetzung der Unterrichtung zum aktuellen Sachstand der Verfahren gegen den ehemaligen Leiter der Polizeiinspektion Wolfsburg und den Polizeipräsidenten Braunschweig**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen zu bitten.

3. [Entwurf eines Gesetzes zur Förderung und zum Schutz der digitalen Verwaltung in Niedersachsen und zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes](#)  
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1598](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen und legte den Kreis der mündlich und schriftlich Anzuhörenden für die am 21. Februar 2019 geplante Anhörung endgültig fest.

4. [Linksextremismus als Gefahr für die Demokratie wahrnehmen und wirksam bekämpfen!](#)

[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1855](#)

Der Ausschuss setzte die in der 39. Sitzung am 6. Dezember 2018 begonnene Unterrichtung durch die Landesregierung fort und führte darüber eine Aussprache.

5. [Die Anzahl der erfolglosen Abschiebeversuche reduzieren](#)

[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/2033](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Überstundenpraxis während der Amtszeit von Herrn Oberbürgermeister Stephan Weil a. D.**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung - zum Teil in **vertraulicher Sitzung** - entgegen und führte darüber eine Aussprache.

7. **Ergänzende Unterrichtung durch die Landesregierung zu Identitätsfeststellungen nach § 13 Abs. 1 Nds. SOG und Personenkontrollen und -durchsuchungen gemäß § 22 Nds. SOG**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung - zum Teil in **vertraulicher Sitzung** - entgegen und führte darüber eine Aussprache.

**9 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**  
(32. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung und die Präsidentin der Pflegekammer zur aktuellen Situation der Pflegekammer und dem Verfahren zur Beitragserhebung für das Jahr 2018**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Patientensicherheitsoffensive des Aktionsbündnisses Patientensicherheit und des Verbandes der Ersatzkassen**

Der Ausschuss setzte diesen Punkt von der Tagesordnung ab.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse der Niedersächsischen Suchtkonferenz vom 26. November 2018**

Der Ausschuss setzte diesen Punkt von der Tagesordnung ab.

4. **Vorbereitung der parlamentarischen Informationsreise nach Island und Estland in der Zeit vom 27. Mai bis 1. Juni 2019**

Der Ausschuss beriet das Programm der Informationsreise.

**10 Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**  
(18. - teilweise nicht öffentliche und teilweise vertrauliche - Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. **Vorstellung des Verfassungsschutzpräsidenten Bernhard Witthaut**

Der neue Verfassungsschutzpräsident stellte sich **in öffentlicher Sitzung** vor und beantwortete Fragen aus den Reihen des Ausschusses.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über „den bundesweiten Datenklau und Cyberattacken auf Politikerinnen und Politiker“**

Teils **in öffentlicher Sitzung**, teils **in vertraulicher Sitzung** nahm der Ausschuss die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Ergänzender Bericht der Landesregierung zu den Vorgängen bezüglich der Enttarnung einer Vertrauensperson des niedersächsischen Verfassungsschutzes in Göttingen**

Der Ausschuss nahm den Bericht **in vertraulicher Sitzung** entgegen. Er kam überein, der Landesregierung in der Sitzung am 13. Februar 2019 Fragen dazu zu stellen.



**Freitag, 18. Januar 2019**

**11 Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung**  
(26. Sitzung)

**Beratungsthema:**

1. [Rahmenbedingungen des Lkw-Verkehrs verbessern, Kontrollen verstärken und technische Möglichkeiten besser nutzen](#)  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1535](#)

Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens
- DGB Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
- IHK Niedersachsen
- Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen e. V.
- ADAC Niedersachsen/Sachsen-Anhalt e. V.
- Landesverkehrswacht Niedersachsen e. V.

2. **Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Thema „Wiederkehrende Störungen am Hauptbahnhof Hannover - unzumutbare Einschränkungen für Passagiere“**

Auf Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU beschloss der Ausschuss, die Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen.

Im Auftrage

Wiesehahn